Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 10. Mai 1879. Nr. 216.

Deutscher Reichstag.

41. Plenar-Sitzung vom 9. Mai.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Bundesrathstische: Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann, General-Postmeister Stephan, Geh. Rath Burghardt und Andere.

Der Präsident macht dem Hause Mittheilung von dem am 6. d. Mts. erfolgten Tode des Abgeordneten für den 2. Gumbinner Wahlkreis Landrath Dr. Schmalz. Das Haus ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Tagesordnung:

I. Erste und zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Vertheilung der Matrikularbeiträge pro 1879/80.

Derselbe wird genehmigt.

II. Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Erwerbung der königlich preußischen Staatsdruckerei für das Reich und des dazu gehörigen Nachtragsetats.

Abg. Zimmermann macht Bedenken dagegen geltend, daß durch die der Reichsdruckerei zu ertheilenden Befugnisse der Privatindustrie erhebliche Konkurrenz geschaffen werde und beantragte Ueberweisung der Vorlage an eine kleine Kommission zur Prüfung dieser Bedenken eventuell Absetzung der zweiten Lesung von der heutigen Tagesordnung.

Der Bundesbevollmächtigte General-Postmeister Dr. Stephan wies nach, daß das Reich selten ein so gutes Geschäft gemacht habe, wie bei dieser Angelegenheit und behauptete alsdann, daß die Besorgnisse des Abg. Dr. Zimmermann unbegründet seien, daß es Niemandem einfalle, der Privatindustrie Konkurrenz machen zu wollen. Die Druckerei werde im Gegentheil in künstlerischer Beziehung ein Vorbild für das Gewerbe werden.

Abg. v. Benda empfahl die Genehmigung des Ankaufes, aber vorläufige Ablehnung der Paragraphen der Vorlage, welche den Etat enthalten, damit die Regierung einen selbstständigen Etat vorlege, der alsdann durch die Budget-Kommission zu prüfen sei.

Abg. Dr. Stephani beantragte Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Nach einiger Diskussion lehnte das Haus den Antrag Stephani mit 114 gegen 86 Stimmen ab, ebenso den Antrag Zimmermann auf Absetzung der zweiten Berathung von der heutigen Tagesordnung.

Ohne Diskussion werden darauf die §§ 1, 2, 3 und 6, welche den Ankauf genehmigen, angenommen, die den Etat betreffenden §§ 4 und 5 gemäß dem Vorschlage v. Benda abgelehnt.

III. Erste und zweite Berathung eines Nachtragsetats betreffend die Betheiligung des Reiches an der Ausstellung in Sidney.

Abg. Dr. Braun (Glogau) hat Bedenken gegen die Vorlage nach der gestern vom Staatsminister Hofmann aufgestellten Theorie, wonach das deutsche Reich gegenwärtig nichts exportiren könne. Sei dies richtig, so habe die Betheiligung an der Ausstellung in Sidney auch keinen Zweck. Die offizielle Theorie stehe somit in Widerspruch mit den offiziellen Forderungen dieser Vorlage. Demnächst tadelte Redner die Ernennung des Professors Reuleaux zum Kommissar der Ausstellung, indem er dessen Ausspruch über die deutsche Industrie auf der Ausstellung zu Philadelphia „billig und schlecht“ als ein ebenso ungerechtes, wie unüberlegtes Urtheil bezeichnet. Er wünsche deshalb die Ernennung eines anderen Kommissars und verwies auf die Berliner Gewerbe-Ausstellung, wo man sich davon überzeugen könne, was die deutsche Industrie leisten könne. Dort könne man sich überzeugen, daß dieselbe nicht billig und schlecht, daß sie wohl zuweilen billig, aber niemals schlecht arbeite, und das Alles habe man gemacht ohne einen Reichskommissar und ohne Mitwirkung der preußischen Behörden aus eigener Kraft. Das habe der Vorsitzende der Ausstellung, Herr Kühnemann, konstatirt und viele der Aussteller hätten ihm zugestimmt mit dem Stoßseufzer: Gott schütze uns vor dem Schutz, vor der Konkurrenz wollen wir uns selber schützen. (Beifall.)

Staatsminister Hofmann entgegnete, daß seine gestrigen Ausführungen mit der Vorlage nicht in Widerspruch ständen und nahm demnächst den Professor Reuleaux in Schutz, der mit seinem Ausspruch „billig und schlecht“ durchaus nicht ein endgültiges Urtheil über die deutsche Industrie habe fällen wollen. Der Name Reuleaux werde jedenfalls schlechte Waare von der Ausstellung zurückhalten. Er empfehle deshalb die Bewilligung der geforderten 200,000 Mark.

Abg. Reichensperger (Krefeld) sprach die Meinung aus, daß man gut thue, von den Weltausstellungen fern zu bleiben. Man müsse der Industrie im eigenen Lande aufhelfen. Ein neuer Aufschwung werde unserer Industrie von Sidney aus nicht zu Theil werden, und da man nicht nach Paris gegangen sei, solle man auch nicht nach Sidney gehen.

Abg. Löwe (Berlin) gab zu, daß der Ausspruch des Professors Reuleaux im Auslande nicht dazu beigetragen habe, das Vertrauen zu unserer Industrie zu erhöhen, aber der Ausspruch sei nicht absolut unberechtigt gewesen und er habe auch genützt. Unsere Ausstellung in Philadelphia sei schlecht gewesen, weil die Betheiligung an der Ausstellung eine so überstürzte gewesen sei, daß unsere leistungsfähigen Industriellen es vorgezogen hätten, sich nicht zu betheiligen. Nach Paris hätten wir gehen müssen, um den Schlag zu repariren. Daß dies nicht geschehen, war ein Fehler. Im Interesse der Industrie sei er für die Bewilligung der Vorlage.

Abg. Schröder (Lippstadt) empfiehlt ebenfalls die Bewilligung, indem er die Ansicht ausspricht, daß die Bedeutung der Berliner Gewerbe-Ausstellung zum guten Theile dem Ausspruche des Professors Reuleaux zu danken sei.

Abg. Sonnemann bedauerte, daß wir auch diesmal wieder etwas zu spät vorgegangen seien, aber er hoffe, daß das Versäumte noch nachgeholt werden könne. Redner hat volles Vertrauen zum Professor Reuleaux, nur wünschte er, daß demselben noch ein Fachmann an die Seite gestellt werde, z. B. der würtembergische Minister von Steinbeis.

Abg. Dr. Braun glaubt zwar, daß dieser Letztere bei der Regierung und Herrn von Varnbüler und seinen Freunden augenblicklich etwas mißliebig sei, er hielt ihn aber für den richtigen Mann.

Abg. v. Miller sprach die Ansicht aus, daß, wenn die deutsche Industrie von den Ausstellungen bisher nicht den Nutzen gezogen hätte, den sie hätte ziehen können, daran schuld sei, daß man die Ausstellungs-Gegenstände nicht streng genug geprüft habe. Je strenger die Prüfung, desto besser, denn die Prüfung sei ein Sporn zur Besserung. Diejenigen, welche sich durch ein strenges Urtheil abhalten lassen, fort zu arbeiten, seien nicht die Soldaten, die wir zu unserem Vorgehen gebrauchen könnten. Er freue sich über die Wahl des Professors Reuleaux, weil derselbe ein strenger Richter sei. Lernen könne ein Jeder auf der Ausstellung, der da lernen wolle und nicht allein lerne man, was man nicht könne, man lerne auch, daß man etwas kann, und das sei von großer Bedeutung, da es dem Arbeiter das Selbstbewußtsein gebe. Werde in Sidney ein neuer Markt für die deutsche Industrie eröffnet, so stände dazu die Summe von 200,000 Mark in gar keinem Verhältniß. (Beifall.)

Hierauf wurde die Vorlage mit sehr großer Majorität bewilligt.

IV. Fortsetzung der Berathung der Zoll- und Steuervorlagen.

Sächsischer Bundes-Bevollmächtigter, Staatsminister v. Nostiz-Wallwitz weist den Vorwurf des Abg. Bamberger zurück, daß die verbündeten Regierungen durch die Beschlüsse ihrer Vertreter im Bundesrath sich selbst nullifizirt hätten. Der Vorwurf wäre doch nur dann begründet, wenn die verbündeten Regierungen mit der Zollpolitik des Reichskanzlers nicht einverstanden wären. Wenn der Abg. Richter den Vertretern der verbündeten Regierungen daraus einen Vorwurf glaubte machen zu müssen, daß sie den Wegfall der Matrikularbeiträge betrieben, so habe er darauf zu erwidern, daß das, was finanziell dem Reiche frommt, auch den Einzelstaaten zu Gute kommen muß. Die Vertreter der Regierungen hätten keine anderen Interessen zu vertreten, als die gewählten Vertreter des Volkes. (Beifall.)

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode (Rastenburg) führt aus, daß die Ungleichheit des bestehenden Tarifes einzelne Theile schädige, am meisten hätte darunter die Landwirthschaft gelitten. Die freihändlerische Doktrin habe zunächst zu der Aufhebung der Eisenzölle geführt, denen dann die Garnzölle u. s. w. nachfolgen sollten, bis man zu dem englischen Tarif gelangt sei. Die Umkehr sei nothwendig. Die Koalition zwischen Industrie und Landwirthschaft sei keineswegs eine unnatürliche, sie sei eine natürliche und werde sich als segensreich für unser Vaterland herausstellen. Sein Ideal sei indeß nach wie vor das Tabaksmonopol, es sei das die einzig richtige Konsumtionssteuer. Redner erklärt sich entschieden für die indirekten Steuern; durch diese Steuer erziehe man den Arbeiter zur Ordnung und Sparsamkeit, während die direkten Steuern einen unordentlichen und lüderlichen Lebenswandel erleichtern. Er vertheidigt ferner das Programm der Agrarier. Die agrarische Bewegung sei eine rein wirthschaftliche, habe mit den politischen Ansichten nichts zu thun. Der Kern dieser Bewegung sei gesund und entwickelungsfähig. Er freue sich, daß Herr v. Bennigsen so entschieden für die Landwirthschaft eingetreten sei, denn diesem Abgeordneten werde man doch schwerlich den Vorwurf der Interessenvertretung machen. Der unbedingte Freihandel sei nur vortheilhaft für den wirthschaftlich Starken; ebenso wie der Wucher nur schädlich sei für den Kreditbedürftigen. Handelsverträge seien nur vortheilhaft, wenn die kontrahirenden Staaten in gleichem Grade exportfähig wären. England gegenüber seien wir im Nachtheil, aber etablire man einen allgemeinen Freihandel, dann sei für Deutschland nichts zu befürchten. Herr Lasker habe von einer Vernichtung der direkten Steuer gesprochen; diese Vorlage bringe seines Erachtens aber noch nicht einmal eine vollständige Beseitigung des vorhandenen Mißverhältnisses. Was die konstitutionellen Garantien anlange, so verweise er nur darauf, was in der Konfliktszeit geschehen wäre, wenn damals das preußische Abgeordnetenhaus das Einnahmebewilligungsrecht gehabt hätte. Der Schwerpunkt liege für die konservative Partei in dem Ausgabebewilligungsrecht, indeß sei sie den konstitutionellen Garantien nicht entgegen, sie wolle vielmehr abwarten, welchen Vorschlag die verbündeten Regierungen machen werden.

Abg. Rickert: Der Abg. Mosle habe gestern die Nothwendigkeit einer Zolltarifreform auch damit zu rechtfertigen gesucht, daß auf diese Weise der internationale und semitische Charakter unseres Handels beseitigt werde. Diese Art von Diskussion müsse er entschieden zurückweisen (Beifall), und es sei das auch der Grund, weshalb er auf die weiteren Ausführungen des Herrn Mosle materiell nicht weiter eingehe (Beifall). Wenn der Regierungs-Kommissar verschiedene Fehler dem Verein für Handelsfreiheit zum Vorwurf gemacht, so treffe dieser Vorwurf mit noch viel größerem Rechte den Verfasser des Tarifs. Bei den meisten Zoll-Positionen sei nicht einmal eine Motivirung für die Erhöhung beigefügt. Speziell die Ausführungen des Abg. Delbrück, die der Regierungs-Kommissar einer Kritik unterzogen, seien viel zutreffender gewesen, als die des Regierungs-Kommissars. Der Kommissar habe dem Abg. Richter vorgeworfen, daß er die Machtfrage des Reichstages zu sehr betone. Soll denn aber der Reichstag das ihm durch die Verfassung garantirte Recht ganz stillschweigend zu Grabe tragen? Dieses konstitutionelle Recht werde seine Partei sich mit ihrem Willen nicht nehmen lassen und dasselbe erwarte er auch vom Centrum. Die Stellung der Reichstagsmehrheit sei damit genau gekennzeichnet. Dem Herrn Grafen Stolberg bemerke er, daß es nicht nützlich sei, zu oft an die Konfliktszeit zu erinnern, er könnte ihm Aussprüche des Reichskanzlers vorhalten, die etwas anders sich ausnehmen, als das, was Graf Stolberg darüber denkt. Die Matrikularbeiträge wirkten keineswegs in der Weise, wie verschieden dargelegt wird. Die Bewohner Lippe-Detmolds zahlen durchschnittlich genau ebenso viel Steuern, wie die preußischen Bewohner. Auch ihm (Redner) gefielen die Matrikularbeiträge nicht, aber bevor man nicht etwas Besseres habe, müsse man sie beibehalten. Der Graf Stolberg betone zu sehr seine konservative Politik. Wer sei denn aber auf diesem Gebiete konservativ? Er (Redner) sei dem Grafen Stolberg gegenüber reaktionär, denn er wolle das Bestehende erhalten. Graf Stolberg sei dagegen auf diesem Gebiete so reformatorisch, daß einem die Haare zu Berge stehen könnten (Heiterkeit). Was Graf Stolberg von der Erziehungsweise des Arbeiters erzähle, seien glänzende Theorien, nichts weiter. Unsere Aufgabe sei es, den Arbeitern die nothwendigen Lebensmittel nicht zu vertheuern, Graf Stolberg scheine die Entstehungsgeschichte unserer direkten Steuern gar nicht zu kennen: Gerade die ostpreußischen Stände hätten für die Aufhebung der auf dem Volk lastenden indirekten Steuern beim Könige petitionirt. Er (Redner) hoffe, daß die direkte Steuergesetzgebung, die unsere großen Staatsmänner geschaffen, trotz der Stürme, die sie heut umtoben, uns auch ferner erhalten bleiben werde. Die direkten Steuern seien eingeführt, weil die indirekten den Dienst versagten. Die Beseitigung der Klassensteuer, der klassifizirten Einkommensteuer, der Grund- und Gebäudesteuer, wie sie der Reichskanzler anstrebt, sei eine Bewegung, die er nicht mitmachen könne; er wolle denen die Verantwortlichkeit dafür überlassen, die sie begonnen haben. Die Wirkungen des Kampfzolles werden ganz andere sein, als man erwartet. Wenn Deutschland durch diesen Zolltarif in seiner Produktionsfähigkeit geschwächt wird, dann werde man vor einem ungelösten Räthsel stehen, und man werde dann zu den Traditionen zurückgreifen, die man jetzt im Stiche lasse. Die Behauptung des Herrn Reichskanzlers, daß seit 1820 unsere Steuergesetzgebung sich nicht entwickelt habe, sei nicht ganz zutreffend. Es sei die Einkommensteuer und leider im Jahre 1861 auch die Grundsteuer eingeführt. Eine Reform war in Preußen nicht früher möglich, bis die Mahl- und Schlachtsteuer abgeschafft war. Auch durch die Dotationen an die Provinzen sei der Anfang zu einer Steuerreform gemacht worden und man werde sich bei der Spezialdiskussion die Frage vorzulegen haben, ob der Landwirthschaft mit diesen Dotationen nicht eine wesentliche Erleichterung geschaffen werde. Die Landwirthe haben auch früher, als die Getreidepreise hoch waren, geklagt, die Landwirthschaft habe keinen Vortheil, weil die Industrie überproduzire, weil sie ihr die Arbeitskräfte entziehe ꝛc. Herr von Thüngen sagt hierüber am 23. Dezember 1873: „Was der Landwirth durch die höheren Körnerpreise gewinnt, muß er doppelt und dreifach für die fast unerschwinglich gewordenen Arbeitslöhne für Eisen, Maschinen ꝛc. wieder hingeben.“ (Hört! hört!) Was Herr von Thüngen damals gesagt hat, wird das Resultat dieses Zolltarifs sein. Ich komme zu einem Punkt, der mich als Vertreter der Ostseeprovinzen ganz besonders trifft. Seit dem Bekanntwerden des Tarifs herrscht eine tiefgehende Beunruhigung gerade in den Küstenstrichen in den altpreußischen Provinzen. Ich mache der Bundesregierung, namentlich der preußischen, den Vorwurf, daß man die ganze große Ostseeküste in Bezug auf ihre Interessen, wie es mir scheint, gar nicht gehört hat. So viel sind die altpreußischen Interessen doch noch werth, daß man sie hört, bevor man eine solche Entscheidung trifft. Der Präsident des Reichskanzleramts hat meine Bitte nicht erfüllt, sich mit den betreffenden Korporationen in Verbindung zu setzen. Die gestrige Erklärung eines Vertreters der Regierungen, daß bei dem Durchgangsverkehr mit Getreide und, wie ich annehme, mit Holz, die Identität festgehalten werden müsse, hat eine solche Beunruhigung in meiner Vaterstadt erregt, daß ich vielfach schriftlich und mündlich gefragt worden bin, ob man wirklich so leichten Herzens über derartige Interessen hinweggehen wolle. Das Prinzip der Identität ist nicht immer aufrecht erhalten worden. Man hat damals gemischt, wie man mischen muß, im Interesse der Landwirthschaft. Wollen Sie die Identität festhalten, so ist der ganze Handel mit Getreide an unseren Ostseeküsten ohne Weiteres vernichtet, das ist das Votum der Ostseeprovinzen. Ich richte an den Präsidenten des Reichskanzler-Amts die Bitte, er möge noch heute an die Provinzial-Steuerdirektion telegraphiren und fragen, ob es möglich wäre, mit Aufrechterhaltung der Identität jenen großen Handelszweig aufrecht zu erhalten. Ich bin überzeugt, daß man mit Nein antworten wird. Nun hat, ich glaube der Abg. v. Bennigsen gesagt, man müsse beim Holz Transitlager schaffen. Das ist unausführbar. Ich hoffe, Sie werden den Zoll auf Holz überhaupt nicht annehmen. Mit dem jetzigen Beamtenstande kann die Zollreform nicht, wie der Reichskanzler in einem seiner Briefe meint, durchgeführt werden. Die vom Reichskanzler verheißene Erhöhung der Beamtengehälter würde bei nur 150 Mk. Zulage in Preußen mit 72,000 Beamten 11 bis 12 Millionen und mit Zurechnung der Reichsbeamten 20—25 Millionen erfordern. Dazu kommt

das Unterrichtsgesetz, die schönen Kanäle und Eisenbahnen, die man bei den letzten Wahlen in Aussicht gestellt hat. Die Summe wird sich also auf dem Gange von hier zum Dönhofsplatze noch in verschiedenen andern als dem Kriegsministerium verkrümeln. Indessen bitte ich den Reichskanzleramts-Präsidenten um sein Wohlwollen und ein warmes Herz für die Interessen des Handels und unserer Ostküste. Sie können unsere Ostsee-Rhederei zum großen Theil zum Ofenheizen gebrauchen, wenn dieser Tarif durchgeht und der Holzhandel wie in der Tarif-Kommission behandelt wird. Ich nehme als der Vertreter einer östlichen Provinz für uns das Recht in Anspruch, unsere natürlichen Kräfte nach unserer Lage gebrauchen zu können, und verlange eine Zollgesetzgebung, welche auch dieser armen, im äußersten Winkel des Vaterlandes liegenden Provinz die Existenzfähigkeit nicht nimmt. Die Ostseeprovinzen und namentlich die Provinzen Preußen können nach der Geschichte das Zeugniß eines jederzeit bereiten Patriotismus verlangen. Wir werden weiter die Wacht für den nationalen Gedanken dort oben halten, aber wir können nicht das Opfer unserer Lebensfähigkeit bringen! Dieser Tarif bringt keinen Fortschritt in der nationalen Einigung, sondern damit wird uns die Parole des Kampfes gegeben, den wir bis zur Beseitigung desselben fortführen werden. Zerkluftung bringt dieser Tarif in die Nation. Also vermindern Sie die Schutzzölle möglichst und brechen Sie noch im letzten Moment dieser Theorie vom Schutze der nationalen Arbeit die Spitze ab. (Beifall links.)

Bundeskommissar Geh. Rath Burghardt konstatirt, daß er in der Zusammenstellung des Tarifentwurfs, die von dem Verein für Handelsfreiheit ausgegangen, nicht blos drei, sondern erheblich mehr Fehler gefunden habe. Er habe aus diesen nur drei hervorgehoben, weil diese, als Zahlenfehler, sich sofort kontrolliren ließen. Jedenfalls müsse er warnen, da, wo es sich um exakte Zahlenangaben handele, das genannte Buch zu benutzen. Das Prinzip der Identität der Waaren bei Ausfuhrvergütungen beruhe in Preußen auf den Gesetzen vom 23. Januar 1838 und 1. Juli 1869 und sei immer auch bei der sehr starken Getreidedurchfuhr durch Danzig zur Zeit der Getreidezölle 1861—1865, festgehalten worden, freilich unter möglichster Erleichterung des Nachweises der Identität. So werde es auch in Zukunft sein und die Regierung würde allen Erleichterungen des Verkehrs zu Gunsten des Transits und der Veredelung, soweit sie mit dem Prinzip der Identität vereinbar wären, gern zustimmen.

Kommissarius des Bundesraths Mayr: Ich will auf Spezialitäten nicht eingehen, sondern nur auf den Punkt wegen des amerikanischen Getreides eingehen. Der angebliche Raubbau in Amerika wird nicht in ein paar Jahren aufhören; er wird immer weiter nach dem Westen verlegt werden, man baut Getreide und treibt daneben eine rationelle Viehzucht. Man kann also eine Vermehrung des amerikanischen Imports stets noch erwarten. Eine Trennung der Finanzzölle und Schutzzölle ist gar nicht möglich, deshalb ist eine Trennung der Vorlage in diese beiden Klassen oder eine getrennte Berathung der Zölle nicht zweckmäßig. Wenn dann dem Herrn von Thüngen ein Widerspruch gegen seine früheren Ansichten hinsichtlich den direkten Steuern nachgewiesen werden sollte, so kann ich mittheilen, daß derselbe für die Einkommensteuer eintrat unter der Voraussetzung, daß die in Baiern sehr hohe Grundsteuer beseitigt werde. Wenn dann der Abg. Rickert meinte, die neue Zollpolitik werde den Kampf hervorrufen, nicht die Ruhe; was wird die Ruhe mehr fördern, wenn man die Mehrheit befriedigt, oder wenn man die Interessen der Minorität berücksichtigt? Wenn die Mehrheit gewinnt, gewinnt auch die Minderheit; die Furcht vor dem Kampf kann uns nicht abhalten, das zu thun, was die nationalen Bedürfnisse der Industrie und der Landwirthschaft erheischen. (Beifall rechts.)

Abg. Mosle: Der Abg. Rickert hat in Bezug auf einen Schlußsatz meiner gestrigen Rede gesagt, wenn ich gesonnen sei, aus dieser Tonart meine Beweiskraft herzunehmen, so lehne er jede Gemeinschaft mit derartigen Deduktionen ab. Die Tonart war aber sehr stark influirt von der Lebensart, welche der Abg. Rickert während meiner Rede entwickelte in dem lauten Gespräch mit dem Abg. Lasker und Anderen; ich mußte meine Stimme so anstrengen, daß sie noch heute davon influirt ist. (Heiterkeit.) Der Abg. Rickert hat dann gesagt, ich hätte verächtlich von dem nationalen Sinn der Seestädte gesprochen; das muß ich entschieden zurückweisen; das ist eine arge Verdrehung und Verstellung meiner Worte. (Rufe: Zur Ordnung!)

Präsident v. Forckenbeck ruft den Redner wegen der zuletzt gebrauchten Worte zur Ordnung! (Beifall.)

Abg. Bamberger (persönlich): Der Graf Stolberg hat gemeint, eine Aeußerung, die ich über den Zusammenhang zwischen den agrarischen und sozialistischen Elementen gethan habe, habe eine Trennung seiner Gesinnungsgenossen vom Reichskanzler bezweckt. Ich habe nichts derartiges gesagt, soudern nur zu zeigen gesucht, wie die sozialistisch-agrarischen Anfänge einer Bewegung, die weit zurück datiren, jetzt sich in dem Reichsgedanken verkörpert haben, eine Frontveränderung in demselben nachweisen.

Abg. Dr. Lasker: Ich weiß nicht, warum mich der Abg. Mosle in eine persönliche Bemerkung hineingezogen hat, da ich während des größten Theils seiner Rede lediglich wegen Ermüdung außerhalb des Saales war.

Abg. Mosle: Ich bemerke dem Abg. Lasker, daß ich gestern verschiedentlich seine laute Stimme während meiner Rede an meine Ohren habe klingen hören. (Unruhe.) Ich kann es nicht anders als tendenziös nennen, wenn mir der Abg. Rickert, als ich auf die Tribüne ging, zurief: „Sie haben gar nicht das Wort."

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Rickert, der die Finanzzölle (in Position 25 „Materialwaaren" enthalten) und die Position 29: „Petroleum" einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern überweisen will, im Uebrigen sich dem Löwe'schen Antrage anschließt, abgelehnt; dagegen werden dem Antrage des Abg. Löwe (Bochum) gemäß folgende Positionen einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen: Baumwolle, Blei, Droguen, Glas, Haare, Kautschuk, Leder, Leinen, Materialwaaren, Papier, Petroleum, Seide, Stroh- und Bastwaaren, Thonwaaren, Wachstuch, Wolle, Zink und Zinn.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

T.-O.: Brau- und Tabaksteuer.

Deutschland.

** **Berlin**, 9. Mai. Die zwischen dem Zollverein und der freien Stadt Bremen wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrsverhältnisse geschlossenen Verträge sind gekündigt und treten mit dem 1. Juli außer Kraft. Zur Vorbereitung der Neuregulirung der Verhältnisse und Einrichtungen im Freihafengebiet haben kommissarische Verhandlungen mit Bremen stattgefunden. Die Ergebnisse finden sich in einem dem Bundesrath Seitens des Reichskanzlers vorgelegten Protokoll, dem in einer Anlage die Vorschläge zur Regelung der Freihafenstellung Bremens beigefügt sind. Dieselben wiederholen den bezüglichen Inhalt der früheren Verträge, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bundesrathsbeschlüsse und mit mehreren Abänderungen und Ergänzungen, welche sich durch die gemachten Erfahrungen als wünschenswerth ergeben haben. Die Bestimmungen dürften daher im Allgemeinen geeignet sein, durch Beschluß des Bundesraths an Stelle der ablaufenden Verträge in Kraft gesetzt zu werden. Der Reichskanzler beantragt nun beim Bundesrath, zu beschließen:

1) der bremische Stadtwerder und der bisher noch zum Freihafengebiet gehörige Theil der Außendeichsländereien von Habenhausen werden am 1. Juli d. J. dem Zollgebiet angeschlossen. Der Vollzug des Anschlusses, die Nachbesteuerung einbegriffen, wird einer Kommission von zwei Mitgliedern übertragen, deren eines der Senat Bremens, das andere der preußische Provinzial-Steuerdirektor zu Hannover ernennt. Die Nachversteuerung der in dem angeschlossenen Gebietstheil vorhandenen Bestände ausländischer Waaren geschieht nach Maßgabe der beim Anschluß von Vegesack ergangenen bremischen Verordnung von 1875, vorbehaltlich der Aenderungen des Nachsteuertarifes, welche durch etwaige Abweichungen des am Anschlußtage geltenden Vereinszolltarifs von dem früheren bedingt werden sollten;

2) die nach dem Bundesrathsbeschluß vom 7. März 1874 der Stadt Bremen obliegende Verpflichtung zur Uebernahme der durch Verstärkung der Zollaufsicht am Hohenthor entstehenden Kosten fällt insoweit hinweg, als in Folge des Anschlusses des gedachten Gebietstheiles eine Ersparniß an Grenzbewachungskosten eintritt. Im Uebrigen erscheint dem Reichskanzler nunmehr der Zeitpunkt gekommen, zu welchem nach einem Vermerk in den Bundesrathsprotokollen vom vorigen Jahre die Beschlußnahme des Bundesraths über den Entwurf eines Gesetzes wegen Sicherung der Zollgrenze in den vom Zollgebiet ausgeschlossenen bremischen Gebietstheilen erfolgen soll.

Zur Beseitigung entstandener Zweifel hat der Minister für öffentliche Arbeiten in einem Erlaß vom 22. April erklärt, daß die bestehenden Tarifbestimmungen in Betreff der Gewährung von Frachtermäßigungen für die von den Landesgestüten oder an dieselben zu versendenden Vollblut-Mutterpferde auch auf den Transport nach und von den Seitens der Landgestüte eingerichteten Stationen Anwendung finden.

Provinzielles.

Stettin, 10. Mai. Der heute eröffnete siebente Stettiner Pferdemarkt war im Laufe des Vormittags noch wenig belebt, woran wohl die plötzlich wieder eingetretene rauhe Witterung die Hauptschuld trägt. Kauflust machte sich fast noch gar nicht bemerkbar, obwohl sowohl unter Markt- wie Luxuspferden sehr viele prächtige Exemplare vertreten sind. Eine wesentliche Vergrößerung und größere Bedeutung für Kenner und Laien hat der diesjährige Markt dadurch erhalten, daß eine Rindvieh- und Schlachtvieh-Schau damit verbunden ist, bei welcher nicht nur Aussteller unserer Provinz, sondern weit über die Grenzen derselben hinaus sich betheiligt haben. Diese Ausstellung ist denn auch sehr reichhaltig und bietet eine sehr große Auswahl von Muster-Exemplaren. Auch die Ausstellung von Maschinen und sonstigen landwirthschaftlichen Geräthen ist sehr zahlreich beschickt, besonders von den hiesigen Firmen. Die Ausstellung der zur Verloosung bestimmten Gegenstände ist wieder sehr geschickt arrangirt. Die Loose sind bereits bis auf eine ganz kleine Anzahl vollständig vergriffen. Möge sich die folgenden Tage die Witterung günstiger gestalten, damit an diesen Tagen noch ein recht reger Verkehr stattfindet.

— Großes Befremden erregen die im Gange befindlichen Arbeiten an dem neuen Bollwerk am Parnitzufer längs der Wallstraße, und leider ist zu fürchten, daß die Anlage, wie sie ausgeführt wird, nicht lange vorhalten und unausgesetzt bedeutende Reparaturkosten verschlingen wird. Die Bohlen werden ungespundet nebeneinander eingelassen. Das Wasser wird daher sehr leicht durch die Lücken zwischen den Bohlen eindringen, die Erde herausspülen, das Erdreich zum Einsacken bringen und das Fahrwasser versanden helfen. Die Bohlen sind etwa 7 Meter lang. Auf die Beschaffenheit des Untergrundes ist anscheinend gar keine Rücksicht genommen. Zum großen Theil ist der Boden schlammig und der Rammbär drückt durch sein bloßes Gewicht sehr viele Bohlen auf einen Ruck gegen 3—5 Meter hinein, und zwar so glatt, als führe ein scharfes Messer in ein Stück Butter. Für solchen Untergrund sind längere Bohlen erforderlich. Dazu kommt noch, daß längs des Bollwerks noch gehörig gebaggert werden soll, wodurch den Bohlen noch mehr von ihrem Stützpunkte entzogen wird. Wir fürchten, daß das Ding mit der Zeit sehr kostspielig werden wird. Man scheint aber die trüben Erfahrungen an dem Bollwerk in der Nähe der Gasanstalt nicht beachtet zu haben, was doch sehr zu wünschen gewesen wäre. Das Parnitzbollwerk scheint überdies nicht hoch genug zu liegen, wenigstens nicht so hoch, wie das Straßenpflaster. Bei Hochwasser ist das sehr mißlich. Hoffen wir, daß unser Stadtsäckel möglichst gnädig bei der ganzen Geschichte davonkommen möge.

— Der Pflegesohn der Lastadie wohnhaften Ehrke'schen Eheleute, Hermann Papke, ist seit dem 3. d. M. früh spurlos verschwunden; derselbe hatte 5 M. Schulgeld erhalten und sollte sich damit zur Schule begeben, ist dort aber nicht eingetroffen. Zuletzt soll er am Empfangsgebäude der Berlin-Stettiner Bahn gesehen worden sein und liegt die Vermuthung nahe, daß er sich nach Berlin begeben haben kann. Papke ist 11 Jahr alt und war mit grauem Jaquet, gleichen Beinkleidern und mit grauer Jockeimütze bekleidet.

— Am 2. d. M. kam die unverehel. Karol. Wilhelmine Krackow, eine bereits vielfach bestrafte Person, mit ihrem Bräutigam, dem Schuhmachergesellen Zunk, in das Schünemann'sche Kleidergeschäft, Bollwerk 35. Während Zunk mit dem Inhaber des Geschäfts um ein Paar Beinkleider handelte, entwendete die Krackow ein Jaquet. Einige Tage später machte eine Freundin der Krackow, welche bei dem Geschäft anwesend war, von dem Diebstahl Anzeige und die Diebin wurde verhaftet.

— Der Eisenbahnbote Leimann, welcher seit dem 27. Januar d. J. vermißt wurde, ist vorgestern in dem Kanal gegenüber von Gotzlow als Leiche gefunden.

Swinemünde, 8. Mai. Vor einigen Tagen ist endlich mit der Weiterführung der hiesigen Hafenbahn, deren Bau über ein Jahr lang geruht hatte, begonnen worden. Das Geleise wird von der Wasserstraße aus auf der rechten Seite des Straßendammes am Bollwerk entlang bis zum Fährhause gelegt, durchschneidet einen Theil des dazu gehörigen Hofes und geht dann um den Fährhafen herum bis zum Bauhafen. Dort wird eine Drehbrücke gebaut und führt die Bahn über dieselbe hinweg bis zu dem neuen Bollwerk.

Stargard, 9. Mai. Der heutige Auftrieb von Pferden auf dem Viehmarkt war gering, auch die Waare nicht besonders, Fohlen fehlten ganz; der Handel war sehr schwach. Dagegen waren Kühe für den hiesigen Markt stark aufgetrieben, darunter viel gute Waare; der Handel stand indessen in keinem Verhältniß zu dem Auftrieb. Ochsen waren nur schwach vertreten. Die Ursache des schwachen Handels sind wohl die andauernd schlechten Zeitverhältnisse und die Saatzeit, in welche der Markt fällt.

Greifswald, 9. Mai. Aus Schlawe wird über ein Verfahren beim Vergeben von Freistellen an dem dortigen Progymnasium berichtet, das auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Man schreibt von dort: Ueber unentgeltlichen Besuch des hiesigen Progymnasiums durch Kinder bemittelter — um nicht zu sagen reicher — Leute kursiren so verschiedene Gerüchte, daß eine kurze Aufklärung von Interesse erscheint. Für geistig begabte Kinder unbemittelter Eltern gewährt die kgl. Regierung in Cöslin dem Progymnasium resp. der Stadt einen Zuschuß von 4000 Mk. Wenn nun die Höhe des durch unbemittelte Kinder ausfallenden Schulgeldes diesen Betrag nicht erreicht, so wird der qu. Zuschuß entsprechend verringert. Dies hat Veranlassung gegeben, daß sämmtlichen Gesuchen um Bewilligung von Freischule — selbst wenn sie von vollständig bemittelten Leuten eingereicht waren — Folge gegeben ist, und die Kinder der Antragsteller unentgeltlich das Progymnasium besuchen. Wenn nun weniger bemittelte Leute sich selbst Entbehrungen auferlegen müssen, um das hohe Schulgeld für ihre Kinder zu erschwingen, so liegt dies eben darin, daß dieselben keinen Antrag auf Gewährung von Freischule gestellt haben. Wie wir in Erfahrung gebracht, ist die vorliegende Angelegenheit in der letzten Stadtverordnetensitzung des Näheren erörtert worden und ist zu erwarten, daß eine Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse vom nächsten Jahre ab eintritt.

Vermischtes.

— Ein Romanstoff. Vor den Gerichten in Lucca wird sich in den nächsten Tagen ein Prozeß abspielen, der ein gauz ungewöhnliches Aufsehen erregt. Die Thatsache, wie sie von der „Opinione" erzählt wird, ist folgende:

„Ein Bewohner von Camajore wollte sein Glück probiren und ging mit Hinterlassung seiner Frau und zweier Kinder nach Amerika. Nach einigen Monaten schrieb er dem Pfarrer und schickte ihm 100 Lire für seine Familie, welche dieser derselben auch zustellte. Es vergingen wieder einige Monate und er schickte seiner Frau 1000 Lire, der Pfarrer hielt es aber für gut, blos Grüße auszurichten und das Geld für sich zu behalten. Nach Verlauf einer weiteren Zeit schickte der Mann neuerdings 1000 Lire und so fort bis zum Betrage von 25,000 Lire, welche alle in den Schrein des honneten Pfarrers wanderten. Da sich dieser aber fürchtete, entdeckt zu werden, rief er eines Tages die unglückliche Frau zu sich, hielt ihr eine salbungsvolle Anrede, worin er sie ermahnte, sich den Beschlüssen der göttlichen Vorsehung zu fügen, und theilte ihr mit, daß ihr Mann gestorben sei. Gleichzeitig schrieb er aber auch diesem, daß seine Frau und seine Kinder an den Blattern gestorben seien. Nach einigen Monaten schrieb der Mann um den Todtenschein seiner Frau, und der Pfarrer ließ sie mit einem Federzug ipso facto sterben. Nach Erhalt des Dokumentes heirathete der Ausgewanderte eine andere Frau, von der er zwei Kinder hatte. Nachdem er sich ein kleines Vermögen erspart hatte, wandelte den armen Mann die Sehnsucht an, seine Heimath wiederzusehen. Er schiffte sich mit seiner neuen Familie nach Italien ein, ging nach Camajore und stieg dort im Gasthause ab. Am Morgen ging er zeitig aus, um den Ort und seine Freunde zu besuchen, und das Erste, was ihm aufstieß, war ein hübsches kleines Mädchen, das ihm bittend die Hand um ein Almosen entgegenstreckte. Er sah es an, fragte es, wer es sei und wer sein Vater sei, und das Kind erwiderte, daß sein Vater in Amerika gestorben sei. Er fragte, wie dieser heiße, und das Kind nannte ihm seinen eigenen Namen. Die Empfindungen des unglücklichen Vaters ließen sich wohl schwer beschreiben; er schöpfte natürlich Verdacht, erkundigte sich und erfuhr die Wahrheit. Seine Frau und Kinder lebten und befanden sich im tiefsten Elend. Der Mann begab sich nun zum Pfarrer, der wie versteinert war, den Armen zu beruhigen suchte und ihm die 25,000 Lire zurückstellen wollte, die jedoch zurückgewiesen wurden. Die Sache wurde beim Gericht angezeigt, das den Pfarrer auch sofort verhaften und in das Gefängniß nach San Giorgio in Lucca abführen ließ, um die gerichtliche Untersuchung einzuleiten."

— (Cholera in Indien.) Laut einem der „Times" aus Calcutta zugegangenen Telegramm scheint das große, alle zwölf Jahre gefeierte Fest in Hurdwar eben so schlimme Folgen im Jahre 1879 zu haben, wie im Jahre 1867. Ein Heer von 750,000 bis 1,000,000 Pilgern hatte sich versammelt und, trotz der von den Behörden getroffenen Vorsichtsmaßregeln ist wenige Tage vor Schluß des Festes doch die Cholera in der heftigsten Form aufgetreten. Die Ströme der zurückkehrenden Pilger tragen jetzt die Krankheit in den verschiedenen Richtungen nach ihrer Heimath, und bereits werden Ausbrüche von Cholera aus Delhi und anderen Plätzen Nordindiens gemeldet. Auch sind schon einige Erkrankungsfälle unter europäischen Truppen vorgekommen.

Viehmarkt.

Berlin, 9. Mai. Es standen zum Verkauf: 120 Rinder, 615 Schweine, 862 Kälber, 1910 Hammel.

Von Rindern waren nur sehr wenige Stücken an den Mann zu bringen, da sich in den Händen der Schlächter noch starker Vorrath befindet; eine Preisfeststellung ist daher unthunlich.

Die am Platze befindlichen Schweine bestanden fast ganz aus russischer Race und wurden nur zum kleinsten Theil à 35—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht verkauft.

Das Kälbergeschäft wickelte sich leidlich glatt zum Preise von 35—50 Pf. pro 1 Pfd. Schlachtgewicht ab.

Von Hammeln wurde nur etwa der sechste Theil des Auftriebes verkauft und stellte sich der Preis auf durchschnittlich 40 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 9. Mai. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrathes der Donnersmarckhütte wurde der Geschäftsbericht pro 1878 vorgelegt. Derselbe weist einen Bruttogewinn von 276,094 Mark auf; hiervon sollen zu Abschreibungen von 190,000 Mark verwendet werden und eine Dividende von ½ Prozent vertheilt werden. Der aus dem Rückkauf von Aktien erzielte Gewinn von 3,270,195 Mark soll zu außerordentlichen Abschreibungen verwandt werden.

Wien, 9. Mai. In Abgeordneten-Kreisen verlautet, wie das „Fremdenblatt" mittheilt, in sehr bestimmter Weise, daß die Session des Reichsrathes am 17. d. M. durch eine Thronrede des Kaisers feierlich geschlossen werden soll.

London, 9. Mai. Unterhaus. Hanbury richtet die Anfrage an die Regierung, ob für die vollständige Räumung Ostrumeliens durch die russischen Truppen ein bestimmtes Datum vereinbart sei. Der Unterstaatssekretär Bourke antwortet, die Räumung werde sich so schnell, als die Umstände es gestatten, vollziehen. Auf eine weitere Frage Monk's erklärt Bourke, England habe bezüglich der griechischen Frage in eine Mediation durch Vermittelung der Botschafter der Mächte in Konstantinopel bewilligt; was die Interpellation darüber, ob die Botschafter einzeln oder kollektiv vermitteln sollten, anbelange, so müsse er verlangen, daß dieselbe vorher angemeldet werde. Endlich antwortete Bourke auf eine Anfrage Förster's, Frankreich habe eine 6monatliche Verlängerung des Handelsvertrages angeregt und England habe sich damit einverstanden erklärt.

Im Oberhause erklärte Lord Salisbury auf eine Anfrage Lord Carnarvon's, die Konvention von Tschifoo sei noch nicht ratifizirt, es seien noch weitere Unterhandlungen mit den auswärtigen Mächten und auch mit China wegen der Lekinzölle nothwendig. Eine Mission zur Erforschung von Thibet sei wegen der unruhigen Zustände in den benachbarten Distrikten nicht abgesendet worden.